

# Zeitung für den Wahlkampf und den Wähler.

Verantwortlich: Ludwig Kausa, Landtagsabgeordneter, Zwickau.

## Von der Ruhr bis zum Dawesgutachten.

Jede Konferenz mit unseren „Staatsmännern“ der nachnovemberlichen Zeit, die den Franzosen lächerlich vorkamen, brachte uns Niederlagen und bestärkte die Franzosen in ihrem Glauben, daß man uns alles bieten dürfe. So holten sie denn endlich zu dem stärksten Schläge aus und rüdten am 11. Januar 1923 unter Bruch des Versailler Vertrages in das Ruhrgebiet ein. Die schlimmste Marterzeit hier und am Rhein begann, die Reihe der Raubtaten, der Frauenerschandungen, der Morde, der Mißhandlungen. Noch vor wenigen Monaten ist der Oberförster Feldmann aus Berncastel an den Folgen der Behandlung durch die Franzosen, die ihn mit glühenden Kohlen folterten, gestorben. Das Blut Schlageters, das Blut der 13 sinnlos erschossenen Krupp-Arbeiter, das Blut der 112 anderen Deutschen, der Jammer der in Gefängnissen Gepelnigten und für Zeit ihres Lebens an der Gesundheit Geschädigten schreit zum Himmel. Unsäglich haben die Nerven der deutschen Bevölkerung auch des unbesetzten Gebietes gelitten, da der Ruhrstreik uns das Elend des Papiermarkverfalls gebracht hat, dem erst Helfferichs Rentenmark ein Ende machte; und die ehemals reiche Industrie im Westen ist heute in tausend Rötten.

Stinnes war entschlossen gewesen, alles zu opfern, seine eigenen Bergwerke zu verkaufen, den Franzosen nur eine Wüste zu überlassen. So wie die Türken der Knechtschaft die Wüste vorgezogen haben und sich so schließlich gegenüber den Feinden durchsetzten.

Aber jeder kühne Gedanke eines einzelnen erstickt in der Mehrheit.

Die Mehrheit wählt immer das Bequemste. Und jeder Feigling versteckt sich hinter der Mehrheit. Ein König verliert nach Mißerfolgen Thron und Land. In einem Parlament und einer parlamentarischen Regierung aber ist niemand zu sassen. So wählte man auch hier das Bequemste. Man proklamierte den passiven Widerstand.

Passiver Widerstand. Mut zur Geduld. Impotenz der Mannhaftigkeit.

Der ganze Widerstand, den die nationalen Verbände zu aktivieren trachteten, um aus Deutschland ein Irland zu machen, das so seine Freiheit wieder erhehle, wurde zu einem bezahlten Streik. Unsere Passifisten priesen das neue Kampfmittel, den „gewaltlosen“ Widerstand, der zum Siege führen müsse. Er ward uns keine Freunde; auch die Engländer sahen selber Scheitern darin, denn als eine Nation von Geschäftsleuten sind sie nicht für den Sieg gewerkschaftlicher Kämpfe.

Im vorigen Herbst sind wir dann auch an der Ruhr zusammengebrochen. Unsere Novemberpolitiker haben in den sechs Jahren des neuen Reiches nicht einen einzigen Erfolg zu buchen. Wir stehen erbärmlicher da als irgend ein kleiner Niggerstaat.

Und dabei sollte der 8. November uns doch „die Freiheit“ bringen.

Auch im Innern haben wir sie nicht bekommen, sondern die Zustlosigkeit, kaum gemildert durch eine Flut von Gesetzen und Verordnungen. Unsere Jugend verwildert. In Berliner Volkshochschulen sind von einem Lehrer Nachtänge Dreizehnjähriger beiderlei Geschlechts veranstaltet und von seinen sozialistischen Gönnern und Vorgesetzten gebildet worden. Das gehört zum Geist der Zeit. Wenn nichts anderes, so hat uns die Revolution die Emanzipation der Rohnasen gebracht. In Heft 4 der „Internationalen Jugendbibliothek“ von 1921 wird unseren Unmündigen gesagt, die jugendliche Proletarin könne ihren Leib verschlecken, wenn sie wolle; die Folgen ließen sich ja heute leicht beseitigen.

In dem Wahlauftrag der Deutschnationalen steht unter anderem, daß wir wieder ein christlicher Staat werden müßten. Das bedeutet nicht, daß wir auf irgendein Dogma eingeschworen werden, sondern daß unsere Jugend wieder eine saubere und anständige Erziehung haben soll.

Wir müssen wieder heraus aus dem Dreck. Heraus aus der Freigabe. Heraus aus der Unfähigkeit der Nichtsachleute. Heraus aus der Verteuerung des Lebens durch die Maßnahmen einer ahnungslosen Regierung. Heraus aus der Vergeudung der Staatsmittel für die Revolutionsgewinnler. Heraus aus der Novemberzeit.

Keine der Parteien, die in diesen Jahren an der Regierung beteiligt war, hat den Befähigungsnachweis dafür erbracht, daß sie unser Volk emporführen kann. Der letzte große Irrtum war der hartnäckige Versuch Stresemanns, es trotz allem mit der Sozialdemokratie im Bunde zu schaffen. Aber kein rechter Geschäftsmann nimmt sich doch einen erwiesenen Narren zum Kompagnon. Am allerwenigsten heiratet man einen Belohnung; daß die Sozialdemokratie am Vermeisten ist, riecht man heute doch schon mit Stockknappen. In dem genannten Buche Emil Barth's, des Volksbeauftragten, steht auf Seite 25 zu lesen: „Welche Kreise des Proletariats, die Führer so ziemlich restlos, sind in den Strudel der Habgucht und der Verkommenheit hineingezogen.“ Und doch sagte Stresemann: „Ohne Sozialdemokratie läßt sich nicht regieren.“ Und doch sagte er: „Ich bin der Meinung, daß der Gedanke der großen Koalition richtig ist, als der Gedanke Rechtsablock gegen Linksablock.“ Und doch sagte er: „Die Deutsche Volkspartei würde sich selbst aufgeben, wenn sie eine Aikentwacklung mitmachen wollte, die dahin führen müßte, wieder grundfänglich

zwischen nationalen und antinationalen Parteien zu untercheiden.“

Die Deutsche Volkspartei wird sich nicht aufgeben. Aber sie war bereits genötigt, Herrn Stresemanns Parteitaktik aufzugeben.

Bismarck sagte einmal: „Wer die Sozialdemokraten erkannt hat, der hat keine Möglichkeit mehr, mit ihnen zu gehen.“

Wir haben sie erkannt. Sechs Jahre lang hatten sie Zeit, uns zu zeigen, was sie können. Sechs Jahre lang konnten sie uns begreiflich machen, für wen unser Staat umgestürzt wurde.

Wir dachten: für das Volk. Aber das Volk hat heute weniger zu sagen denn je. Der Majestätsbeleidigungsparagraph im Strafgesetzbuch wurde einige Jahre vor dem Kriege unter Zustimmung des Kaisers und der Bundesfürsten aufgehoben. Aber Chert-Beleidigung wird heute schärfer bestraft.

Vielleicht ist also er einer von denen, für die das deutsche Volk den Krieg abgedröhen und die Revolution gemacht hat. Er erzählt in der Goethewoche in Frankfurt zum Gelächter des ganzen gebildeten Auslandes, bisher sei Goethe in Deutschland „nur wenigen Fachgelehrten“ bekannt gewesen, — obwohl doch heute, meine ich, selbst in der Volkshochschule schon der Erlkönig und andere Gedichte Goethes den Kindern bekannt sind und die meisten erwachsenen Arbeiter schon irgend ein Drama von ihm gelesen oder gesehen haben.

Vielleicht gehört Koste zu denen, für die dem deutschen Volke alles Leid aus Krieg und Revolution annehmbar sein müßte. Er hat im Winter in einem der feinsten Gasthöfe von Pontresina mit Frau und Kindern und Schwiegerohn und Unerwandten fast so vornehm gelebt, wie drei Jahre zuvor Erzberger in St. Moritz in dem allerfeinsten Savoy-Hotel, wo für ihn und seine Familie eine ganze Zimmerstadt reserviert war. Und in diesem Sommer hat Koste mit Familie, da der Winterflug noch nicht genügt, den üblichen Millionärsausflug auf die Insel Madeira im Atlantischen Ozean gemacht.

Vielleicht ist es unsere Bestimmung, für Herrn Koste in Weimar zu hungern, den die sozialistische Thüringer Regierung im vorigen Jahre zum Staatsbankdirektor mit zunächst 42 000, später 63 000 Goldmark jährlichen Gehalts gemacht und dem sie für den Fall seiner vorzeitigen Abdankung eine halbe Million Goldmark Abfindung zugesichert hat. Es ist das der Mann, der jetzt wegen allerlei Amtsverfehlungen und wegen Weinebds vor Gericht sitzt. Ueberhaupt haben ja alle Leute vom Stamme Koste heute nirgends ein so gutes Leben wie in Deutschland; für alle Ostjuden ist es heute das gelobte Land. Hier finden sie auch, was früher undenkbar gewesen wäre, überall leicht angefertigtes, angelegene Behörden, mit denen sich unter der Hand allerlei machen läßt, wie die Fälle Zeigner und Hermann beweisen, des sächsischen und des thüringischen Ministerpräsidenten, die wegen Bestechlichkeit und Urkundenfälschung vor den Strafrichter kamen. Alle diese Neureichen und Neureicher haben großes Interesse für Pelze und Brillanten und gutes Leben.

Werkwürdig, wie schnell sie umlernen. Sie haben ihr Lebtage gegen schlemmende Bourgeois agitiert. Aber wie ein armer Proletarier lebt heute keiner von ihnen. Diese Ruhe nieder der Revolution zählen nach Tausenden. Derweil werden Rehtausende kahnmäßig vorbeiliebter Beamten bei uns abgebaut. Derweil kriecht der Arbeiter einen Ruß in die Kanare, daß er wieder niederbricht; denn aus dem Unternehmern muß die Regierung alles herausbläuen, was die Entente will. Einer steht mit der Peitsche immer hinter dem anderen, wie wir es im alten Staate nie erlebten.

Aber es gibt noch Gefährliche bei uns. Deutschland ist fünf Jahre lang das Paradies aller Schieber gewesen. Für sie haben wir im Kriege und in der Revolution gebüht.

Dagegen blühten die Deutschnationalen sich auf. Und deshalb schreien alle diejenigen, die ein Interesse an den nachnovemberlichen Zuständen haben, dem deutschen Volke dauernd zu: Der Feind steht rechts!

Es hat nichts genügt. Das deutsche Volk läßt sich nicht mehr dumm machen. Bei den Wahlen vom 4. Mai 1924 wurden die Deutschnationalen mit 108 Sitzen die stärkste Fraktion im Reichstage. Die Novemberkoalition von 1918 — Demokratie, Zentrum, Sozialismus — wurde zur hoffnungslosen Minderheit.

Zum vollständigen Umschwung genügte die Wahl noch nicht. Wären die Deutschnationalen statt mit 108 Mandaten mit vielleicht 146 in den Reichstag eingezogen, so hätte wohl selbst Chert nicht mehr gewagt, sie von dem Wilden einer neuen Regierung fernzuhalten. Dann wäre der klare Wunsch des Volkes erfüllt worden, auch einmal „die Anderen“ an das Staatsruhr zu lassen, damit man sieht, was sie können, nachdem wir sechs Jahre lang durch die Schwarz-rot-goldenen so fürchterlich enttäuscht worden sind. So aber wurde uns eine Minderheitsregierung Marx mit Zentrum, Demokratie und Deutscher Volkspartei — die Sozialdemokratie als Rothelfer im Hintergrunde — besetzt. Im August 1924 holten diese Leute dann zu dem Schläge aus, die „Große Koalition“ aller Novemberdeutschen wiederherzustellen und die 108 Deutschnationalen nach einer Reichstagsauflösung zu „erschmettern“. Es war eine feine Idee.

Um den Dawes-Plan ging der Streit. Er ist Abschluß und Ordnung der Ära von Versailles, ist nach dem Gutachten des Engländers Keynes und anderer Nationalökonomien das raffinierteste Mittel, „um ein Kulturvolk völlig auszusaugen“. Aber er ist Verständigung. Er bedeutet die erste freiwillige Unterschrift Deutschlands unter die Regeln, nach denen man uns ausbeuten will. Der Dawes-Plan beendet das Regime der Sanktionen und der Pfändlichkeiten.

Die deutsche Regierung ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Dawes-Plan auf jeden Fall Geseh würde. Man werde ihn auch dann durchführen, wenn zur Zweidrittelmehrheit die deutschnationalen Stimmen fehlten.

Und — man hoffte auf die Weigerung der Deutschnationalen.

Dann hätte man den Reichstag unter der Parole aufgehört, die Rechte sei daran schuld, daß wir keine Ruhe und keine Anleihe bekämen, daß die Wertebenen nicht zurückkehren dürften, daß das Ruhrgebiet nicht geräumt werde. Man rechnete auf einen zornigen Ausschrei der gesamten noch einmal dummgemachten Nation und auf eine schwere Wahlniederlage der Rechten. Man spielte bereits mit dem Gedanken, dann den General Weimling, der im Kriege wegen Unfähigkeit kalt gestellt worden ist und sich seitdem plötzlich politisch auf die Seite der Linken geworfen hat, als Führer des sozialistischen „Reichsbanners Schwarz-rot-gold“ auch zum Chef der Reichswehr zu machen, diese zu „reinen“ und schließlich das Regime der Novemberlinge zu verewigen.

In der Nacht zum 29. August erfuhren die Deutschnationalen die Einzelheiten.

Am 29. August selbst warfen sie den Plan der Gegner taktisch über den Haufen, indem 47 ihrer Abgeordneten durch Zustimmung zum Dawes-Plan die Zweidrittelmehrheit ermöglichten.

Eigentlich hätten die Dawes-Parteien frohlocken müssen. Aber statt dessen erscholl ein Wutschrei der Enttäuschung.

Das Parlament ist nicht regierungsfähig, wenn man die 106 auf der Rechten in die Ecke stellt. Die wochenlangen, lächerlichen, verlegenen Versuche des Reichstanzlers Marx, eine sogenannte „Volksgemeinschaft“ herzustellen, mußten scheitern. Der weitere Versuch, einige Deutschnationale in das Kabinett hereinzunehmen, scheiterte dann an der Weigerung der November-Demokraten, von den Sozialdemokraten zu lassen.

Und nun mußte doch eine Neuwahl die Klärung bringen. Aber die Novemberlinge sind um ihre vorbereitete Wahlparole gekommen.

Was soll man dem Volke sagen?

Daß auf der Rechten die „Vertreter“ sitzen? Du lieber Himmel, sechs Jahre lang hat kein Deutschnationaler regiert, sechs Jahre lang konnte die November-Koalition ihre Talente spielen lassen. Warum ist in dieser Zeit noch keine Verbilligung ausgebrochen? Warum ziehen seit Monaten die Preise wieder an?

Oder soll man dem Volke sagen, daß die Dawes-Anleihe nur der Mitte und der Linken zu verdanken sei? Erstens ist der Dawes-Plan doch mit deutschnationaler Hilfe Geseh geworden. Und zweitens ist die Anleihe des Aufhebens, das von ihr gemacht wird, nicht wert. Sie ist ein gutes Geschäft für das Ausland. Für Deutschland bringt sie zur Stabilisierung unserer Wirtschaft, wozu die Hälfte ihres Betrages dient, nur — 6% Mark auf den Kopf der Bevölkerung.

Oder ist die „Ruhr-Räumung“ ein Verdienst der bisher regierenden Parteien?

Es wird ein ungeheurer Schwindel damit getrieben. Die Räumung des Ruhrgebietes hat in Wahrheit — noch nicht einmal begonnen! Geräumt sind lediglich die von den Franzosen nachträglich im Sommer 1923 meist zur Zollsicherung und Abwendung befehlten sogenannten Flossenhülle und Grenzstreifen. Zum ursprünglichen Plan Poincarés gehörten weder Karlsruhe noch Limburg, weder Dortmund noch Wesel. Das eigentliche Ruhrgebiet ist nach wie vor besetzt. Wir haben den Dawes-Plan lediglich gegen das Versprechen der Franzosen unterschrieben, daß sie irgendwann einmal in Jahresfrist räumen würden.

Noch sind die Franzosen Ruhefieber aller ihrer Gewalttaten.

Für sie und für unsere Revolutionsgewinnler muß das deutsche Volk sich ausbeuten lassen. Es ist Zeit, daß die Erkenntnis dieser Lage Wandel schafft. Es ist Zeit, daß mit einem Schläge das deutsche Volk seinem Reichstage eine ganz neue Zusammenfassung gibt. So wie es die Engländer eben erst getan haben, die ihre Demokratie völlig zertrümmerten und den Sozialismus zu einer unbedeutenden Partei bezimierten.

Es ist eine Bitte, daß „die Weltdemokratie marschiert“. Diese verlogene Weltdemokratie ist im Zerfallen, überall im Zerfallen. Es fehlt nur noch das letzte Aufkaffen der Nationalgewinnler. Niemals war es so notwendig, wie heute, daß „wackelhäutige“ Drillsberger bis zum letzten Mann wieder in die Front springen und die vaterländische Welle zur ressenden Woge machen. Die soll dann endlich den Unrat des Novemberes hinwegschwemmen.

Der Hammer Schlag zur Entscheidung pocht an die Gewissen.

Wer will für den November sich einsetzen? Wer für ein wieder sauberes Deutschland kämpfen? Von der Antwort am Wahltag hängt unser und unserer Kinder Schicksal ab.

Wer am 7. Dezember 1924 nicht wählt, versündigt sich an seinem Vaterland.